Nr. 107. Sonnabend, den 9. Mai 1914. 28. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock. Fehlandstr. 11.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Nord-Barmbeck bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Billh Röhrendamm 213 a, Hchpt. Wilhelmsburg bei Adolf Bendt, Schulstr. 22 a. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Franz Rose, Friedensallee 46.

Hierzu drei Beilagen.

Der eiserne und der irdene Topf.

In weiten Kreisen der politischen Welt ist die feste Ueberzeugung verbreitet, daß in Deutschland ein großer Konflikt zwischen Militarismus und Parlamentarismus sich vorbereitet. Diese Auffassung hat viel Wahrscheinlichkeit für sich. Man hat bei der Zaberner Affäre den Uebermut des Militarismus und die Dummheit des Spießbürgertums gesehen, welches sich noch geehrt fühlt, wenn dem „Zivil“ vor den Bauch getreten wird. Das kann auch den Uebermut jener Junkerkamarilla nur steigern, die schon seit Jahren die eifrigste Maulwurfsarbeit betreibt, um die gegenwärtige Verfassung, respektive das allgemeine Wahlrecht zu unterhöhlen und die Volksvertretung zu beseitigen oder zu einem willenlosen Werkzeug zu machen.

Wenn so planmäßig auf den Konflikt hingearbeitet wird, so wird er schwerlich zu vermeiden sein, wenn man sich auch sagen darf, daß die Bäume der „starken Männer“ wie andere nicht in den Himmel wachsen. Man kann daran erinnern, daß der „stärkste Mann“ unter den Junkern, der Säkularmensch Bismarck, vergebens versucht hat, einen solchen Konflikt herbeizuführen und die Verfassung umzustürzen. Er bezahlte das verfehlte Experiment mit seinem eigenen Sturze.

Immerhin müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß eines Tages riesengroß und drohend der Konflikt vor uns steht. Wir fürchten ihn nicht. Denn die deutsche Sozialdemokratie hat den heftigsten Konflikt, den es in Deutschland seit 1848 zwischen Volk und herrschenden Gewalten gegeben hat, siegreich durchgefochten. Ihr Gegner war der mächtigste und zugleich verschlagenste Staatsmann seiner Zeit. Er verhängte über die Sozialdemokratie ein Ausnahmegesetz schlimmster Art und verfolgte den Plan, die geächtete Partei so zu drangsalieren, daß sie in Verzweiflung auf die Straße steigen und Barrikaden bauen würde. Dann war der ersehnte Moment gekommen, der das Eingreifen des Heeres ermöglichte; dann konnte die revolutionäre Partei mit überlegener Waffengewalt niedergeschmettert und ein „Aderlaß“ vorgenommen werden, der auf lange Zeit den erschöpften Volkskörper zu sklavischer Unterwürfigkeit gezwungen hätte. Dieser infernalische Plan scheiterte an der festen Haltung der Sozialdemokratie.

Aber wir wissen, daß andere den Konflikt fürchten.

Der Zusammenstoß zwischen Militarismus und Parlamentarismus bedeutet den Zusammenstoß des eisernen und des irdenen Topfes. Es kann kein Zweifel bestehen, welcher von beiden in Trümmer gehen wird. Von den bürgerlichen Parteien, welche zur Zeit den Parlamentarismus beherrschen, ist kein Widerstand zu erwarten. Die konservativen Elemente werden es mit Beifall begrüßen, wenn der irdene Topf in Trümmer geht; die Ultramontanen werden sich geschickt in die Situation finden und der Liberalismus wird zusammenknicken. Dies kann die Sozialdemokratie, wenn es eintreten sollte, alles nicht ändern.

Aber das Volk selbst wird nicht gleich dem irdenen Topfe in Trümmer gehen. Es wird in Bewegung geraten, wenn die Rechte gefährdet sind, die das Resultat eines langen und opfervollen Kampfes bilden. Es wird sich daran erinnern, daß die bürgerliche Gesellschaft und der ihr aufgepfropfte Klassen- und Militärstaat nur auf seine Kosten und nur durch seine Arbeit bestehen können. Der Klassenkampf wird sich verschärfen. Welche Form er annehmen wird, darüber zu streiten, ist heute vollkommen überflüssig. Aber jedenfalls wird die Verweigerung der den volksfeindlichen Mächten zu ihrem Bestande unentbehrlichen Arbeit des Gedankens und der Hände, die das gesamte Volk leistet, eine große Rolle spielen, wohl die ausschlaggebende.

In den Kreisen, die bei einer solchen Krisis von den herrschenden Klassen mit der Aufgabe betraut werden, den Widerstand des Volkes zu bewältigen, herrschen die sonderbarsten Vorstellungen von dem geistigen, materiellen und moralischen Zustande dieses Volkes. Man läuft dort wie mit Scheuklappen umher. Man rechnet dort nicht mit den großen Veränderungen, die sich inzwischen vollzogen haben; man weiß nichts von der Solidarität, die das Klassenbewußtsein schafft. Man hält das Volk immer noch für eine gedankenlose Masse, und man weiß nicht, daß das allgemeine Wahlrecht den Deutschen eine politische Erziehung gebracht hat und daß dem gewaltigen Bildungstrieb der Arbeiterklasse wenigstens bis zu einem gewissen Grade Befriedigung zuteil geworden ist.

Der preußische Kriegsminister hält offenbar die Offiziere der Garderegimenter für den intelligentesten Teil der Bevölkerung und glaubt sogar an die Erblichkeit ihrer Intelligenz. Lassen wir ihm dies kindliche Vergnügen. Aber kennen die Gardeoffiziere auch den mächtigen historischen Prozeß, der sich zurzeit vollzieht und den keine Macht der Erde aufzuhalten vermag? Schwerlich, denn dieser Prozeß ist kein Ding, gegen das man mit Bajonetten anrennen und das man mit Kanonenschüssen zertrümmern kann. Die Arbeiter kennen ihn, und sie haben aus ihm auch die Bedeutung ihrer Arbeitskraft kennen gelernt. Dieser Prozeß, welche Zwischenfälle auch immer eintreten mögen, bestimmt in letzter Linie den Ausgang einer großen politischen Krisis und nicht die ererbte Intelligenz der Gardeoffiziere.

Der preußische Kultusminister kennt unser Volk noch weniger als sein Kollege, der Kriegsminister. Herr v. Trott zu Solz hat sich unlängst mit der deutschen Jugend beschäftigt. Er meint, daß die Jugend einsehen müsse, es sei alles nur „dummes Zeug“, was die bürgerlichen Radikalen und die Sozialdemokraten wollen. Er stimmte sogar „im Prinzip“ einem ultramontanen Fanatiker zu, welcher die Bücher von Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer für die Jugend verboten wissen wollte.

Nun, es mag ja sein, daß es der bürgerlichen und feudalen Aristokratie und auch dem „höheren“ Spießbürgertum in umfassendem Maße gelingt, ihre Klassenvorurteile auf ihren Nachwuchs zu vererben. Gewissen Junkerlein und Bourgeoissöhnchen kann man allerdings auf der Straße ansehen, daß ihnen fanatischer Haß gegen die arbeitenden Klassen und speziell gegen die Sozialdemokratie anerzogen und eingetrichtert worden ist. Sie verstehen es auch, gehässige und verleumderische Schlagworte in dieser Richtung abzuleiern. Aber auf dem Nachwuchs der oberen Zehntausend beruht nicht die Zukunft Deutschlands. Sie beruht vielmehr auf der Proletarierjugend, welche später die Arbeit leisten muß, ohne die keine Gesellschaft in irgendeiner Form bestehen kann. Diese Jugend ist nicht mehr die Jugend von ehedem, wie sie der Kultusminister sich vorstellt, und sie wird ihm nicht das Vergnügen bereiten, den Radikalismus und Sozialismus als „dummes Zeug“ abzuweisen. Aber es kann kein System von Dauer sein, das sich nicht auf die Jugend stützen kann. Und dieser Umstand wird bei einer künftigen Krisis von großer Bedeutung sein. Die Massen der Proletarierjugend sind heute begeistert für den großen Klassenkampf unserer Zeit um Brot und Freiheit. Mit jedem Jahr gewinnt diese Jugend den herrschenden Klassen neues Terrain ab.

Bei diesen beiden Beispielen mag es sein Bewenden haben. Die an der Spitze der herrschenden Klassen stehenden und mit der Regierungsgewalt betrauten Persönlichkeiten kennen, wie man sieht, die Machtfaktoren gar nicht, mit denen sie in einem künftigen Konflikt zu kämpfen haben werden und der ohnehin ganz neue Momente aufweisen wird. Mit diesen Machtfaktoren kann man nicht umspringen wie mit furchtsamen Liberalen. Der Zusammenstoß des eisernen und des irdenen Topfes kann sonach ganz ungeahnte Konsequenzen haben, wenn der irdene Topf in Scherben liegt.

Die Herren Junker scheinen sich solch einen Konflikt als eine Art romantischen Abenteuers vorzustellen. Darin könnten sie sehr enttäuscht werden.

Mit dem Klassenkampf des Proletariats ist eine neue Epoche eingeleitet, in welcher die alten Rezepte der Staatsretter keine Wirkung haben. Das mögen diejenigen sich gesagt sein lassen, die auf „ihre Stunde“ lauern, welche die Krisis bringen soll.

Der einige Reichstag und die Regierung.

Berlin, 7. Mai.

Nachdem heute ein kleiner Gesetzesvorschlag, der die Aufwandsentschädigung für soldatenreiche Familien vor dem Zugriff von Gläubigern schützen soll, ohne Debatte in erster und zweiter Beratung erledigt war, bot die Beratung der Besoldungsgesetznovelle ein eigenartiges Schauspiel. Der ganze Reichstag von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken ist darin einig, daß die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Aufbesserungen nicht ausreichend sind, daß wenigstens für einige Beamtengruppen noch ein Weiteres geschehen muß. Aber die Regierung hat schon in der Budgetkommission erklärt und nach der einleitenden Rede des Berichterstatters wiederholte es heute im Plenum der Herr Reichsschatzsekretär, daß die Vorlage mit den von der Kommission beschlossenen Erweiterungen für die Regierung unannehmbar sei, obwohl sie nach derselben Erklärung prinzipielle Gründe gegen die Erweiterungen nicht hat. Auch finanziell sind diese nicht von so großer Tragweite, daß darum ein Scheitern der Vorlage gerechtfertigt erscheinen könnte.

Natürlich sucht man da nach dem eigentlichen Grunde, warum die Regierung so hartnäckig auf ihrem Widerspruch besteht, obwohl, wie Genosse Ebert konstatierte, die Schuld an dem ganzen Vorgang an der unzulänglichen Regelung im Jahre 1909 liegt und das vom Reichstag Geforderte in der Tat das Unerläßlichste ist, was in Konsequenz der vorjährigen Besoldungsgesetznovelle geschehen muß. In der Tat wären weitergehende Forderungen durchaus berechtigt und nur schweren Herzens hat sich unsere Fraktion auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse gestellt, um eine Verständigung möglich zu machen und der Regierung durch die völlige Einigkeit des Reichstages zu imponieren. Wenn die Regierung sich trotzdem ablehnend verhält, so dürfte dafür die allgemeine Stellung des Bundesrats zu diesem Reichstag maßgebend sein, der mit seiner nicht reaktionären Mehrheit der Regierung sehr unbequem ist und dem man daher die Zumutung stellt: Friß Vogel oder stirb! Es zeigte sich darin die Absicht, die Stellung des Reichstags zu degradieren, und mit Recht forderte unser Redner, daß dagegen entschieden Stellung genommen werden müsse, und wies auf den Gegensatz hin, daß für die militärischen Forderungen immer Geld parat sei, daß man aber, wo es sich um soziale Zwecke handle, die Taschen zuknöpfe.

Erheblich sanfter klangen die Töne aus den bürgerlichen Parteien; aber diese empfinden das Nein der Regierung um so bitterer, als sie alle sich durch Beschränkung weitergehender Wünsche in den Kommissionsbeschlüssen zusammengefunden haben. Das ist ja in diesem Reichstag, in dem die Konservativen sonst sozusagen grundsätzlich Opposition machen, eine neue Konstellation, an die sich sowohl im nationalliberalen wie im Zentrumslager allerlei schöne Hoffnungen knüpfen mögen. Darum stellten sowohl der Zentrumsmann Racken, wie der nationalliberale Bassermann wehmütige Betrachtungen darüber an, daß die Regierung so wenig Verständnis zeige für diesen ersten Erfolg bürgerlicher Sammlung. Bezeichnend war die geflissentliche Ignorierung des Umstandes, daß auch die Sozialdemokratie, um den Unterbeamten die kleine Aufbesserung bald zu verschaffen, sich auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse gestellt hat. Herr Bassermann verwies sogar auf die Kompromisse beim Spionagegesetz und bei der Konkurrenzklausel und meinte, der intransigente Standpunkt der Regierung sei nicht zu verstehen; sie solle doch bedenken, daß sie den ganzen Reichstag gegen sich habe. Es habe so viele Mühe gemacht, die Parteien unter einen Hut zu bringen, und nun gehe die Regierung mit kühlem Lächeln darüber hinweg. Sie solle sich auch überlegen, welche Erbitterung in Beamtenkreisen dadurch erzeugt werde.

Sogar Dr. Oertel von den Konservativen stellte sich auf den gleichen Standpunkt und verwies auf das „Maßvolle“ der Forderungen, sowie auf den Umstand, daß bei der den Konservativen ja so peinvollen Lösung der Deckungsvorlage im vorigen Jahre die Regierung sich die völlige Ummodelung ihrer Vorlagen ruhig habe gefallen lassen. Im übrigen machte Dr. Oertel allerlei diplomatisch klingende Andeutungen, daß zwischen zweiter und dritter Lesung noch ein Kompromiß möglich sein werde. Reichsschatzsekretär Dr. Kühn wies das auch nicht völlig von der Hand; er meinte aber, daß die Vorarbeiten längere Zeit erforderten. Hinsichtlich des andern Verhaltens bei der Deckungsvorlage traf der nachfolgende Redner Kopsch das Richtige, wenn er meinte, die Regierung gebe nach, wo es sich um neue Einnahmen handle; da suche sie nur möglichst viel zu bekommen; sie „bleibe fest“, wo es sich um Ausgaben handle, zumal um solche, die der Reichstag warm befürworte. Wie wenig es der Regierung um ein ernstes Zusammenarbeiten mit diesem Reichstag zu tun ist, zeigt ja der Umstand, daß sie von vornherein erklärt hat, an ihrer Vorlage nicht rütteln lassen zu wollen.

Während unser Genosse Dr. Weill und der Elsässer Haegy besonders die Bedeutung der Vorlage für die Reichseisenbahner in Elsaß-Lothringen hervorhoben, versuchte der Reichsparteiler Schulz-Bromberg darzutun, daß die Mißstimmung der enttäuschten Beamten sich in erster Linie gegen den Reichstag richten werde, wenn er nicht annehme, was zu haben sei.

Nach den in der Debatte gemachten Andeutungen wird bis zur dritten Lesung vermutlich ein neuer Kuhhandel losgehen, ob und mit welchem „Erfolg“, wird sich noch erst zeigen müssen.

Der Reichstag setzte dann die weitere Beratung des Militäretats fort. Dabei ist von einer Einigkeit natürlich keine Rede. Die nochmals weit ausholende Rede des Genossen Stücklen und seine Kritik an den gestrigen Ausführungen des Kriegsministers waren diesem ebenso wenig angenehm als den bürgerlichen Parteien. Was aber der Kriegsminister dagegen zu sagen hatte, wird deren Eindruck nicht entkräften können. Die gegenteilige Versicherung der beiden nachfolgenden Redner, Astor vom Zentrum und Götting von den Nationalliberalen, womit sie ihre im Kriegervereinston gehaltenen Ausführungen begannen, zeigen vielmehr, daß man den Eindruck der sozialdemokratischen Kritik auf die Oeffentlichkeit fürchtet und daß man ihn gern verwischen möchte. Dazu sind aber solche Kriegervereinsphrasen natürlich am allerwenigsten geeignet. Von den kritisierten Tatsachen läßt sich eben nichts hinwegstreiten und diese Tatsachen sind es in Wirklichkeit, die den Eindruck in der Oeffentlichkeit erzielen und die so arg gefürchtete „verhetzende“ Wirkung üben.

Politische Uebersicht.

Hamburg, 8. Mai.

„Freiheit der Wissenschaft.“

In Berlin „tobt“ gegenwärtig ein heftiger Kampf um die „Freiheit der Wissenschaft“, und die in Deutschland etwas ungewöhnliche Erscheinung eines Studentenstreiks ist zu verzeichnen. In neuerer Zeit haben wir diese Art Kampf der „gebildeten Jugend“ nur gesehen, als es ihr in den Sinn kam, ausländische Jünglinge von den Krippen deutscher Wissenschaft zu verdrängen. Aber an der Berliner Handelshochschule gilt es, wenn man den verschiedenen Nachrichten trauen darf, tatsächlich der Freiheit der Wissenschaft. Es wäre nun sehr erfreulich, wenn man konstatieren könnte, daß die studierende Jugend sich wirklich bemühe, diese von der Verfassung gewährleistete Freiheit zur Wirklichkeit zu machen. Und man könnte sich weiter freuen darüber, daß nicht nur die Studenten, sondern auch die Dozenten, die akademischen Lehrer, sich an diesem Kampf beteiligen.

Leider aber liegen die Dinge etwas anders. Im Grunde genommen ist die Sache nämlich die, daß die private Handelshochschule in Berlin weniger deswegen in Aufruhr gerät, weil einem der Lehrer Gesinnungszwang auferlegt werden sollte, sondern deswegen, weil diesem Lehrer einfach von dem privaten Vorstand der Handelshochschule gekündigt worden ist zu dem Zweck, ihn nachher wieder mit einem niedrigeren Gehalt einzustellen, jedenfalls aber auch bei anderer Besetzung der Stelle Geld zu sparen. Gewiß ist nicht ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich, daß die Tendenz des Herrn Professor Jastrow den leitenden Herren, unter denen der Reichstagspräsident Kämpf ist, zu weit nach links gerichtet erschien; jedoch ist wohl zu glauben, daß ihnen die pekuniäre Seite der Sache die wichtigere war. Daß nun die Lehrer an der Handelshochschule sich mit Herrn Professor Jastrow solidarisch erklärten und daß auch die Studenten durch den Ausstand ihre Sympathie bekundeten, ist sehr nett und sehr löblich. Nur müssen wir uns fragen, ob das wohl auch geschehen wäre, wenn Herr Professor Jastrow oder ein anderer Lehrer gemaßregelt worden wäre wegen sozialdemokratischer Lehren oder wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei.

Wenn jetzt so viel geredet und geschrieben wird über die „Freiheit der Wissenschaft“, und wenn manche guten Leute und schlechten Musikanten aus den Vorgängen in der Berliner Handelshochschule schließen, daß es besser geworden sei mit der bürgerlichen Jugend, und daß diese die akademische Freiheit mit Klauen und Zähnen verteidigt, so können wir leider nicht einstimmen. Wir erinnern uns nämlich daran, daß vor einer nicht gar langen Reihe von Jahren ein Sozialdemokrat an der Berliner Universität einfach an die Luft gesetzt wurde, also gemaßregelt wurde im eigentlichen Sinne des Wortes, nicht einmal weil er etwa in seiner Lehre von den üblichen staatserhaltenden Anschauungen abgewichen wäre — er trug nämlich über Physik vor — sondern aus dem einfachen Grunde, weil er Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. Wir meinen den bekannten Fall Dr. Arons. Damals wäre wirklich eine Gelegenheit gewesen, zu beweisen, daß die Hochschulen die Freiheit hochhalten. Aber damals hörten wir weder etwas von einem Studentenstreik, noch gar von einem Dozenten- oder Professorenstreik. Alles ging glatt und ruhig ab, und der Sozialdemokrat war ausgeschieden.

Im Licht dieser Erinnerung erscheint der Berliner Hochschulstreit allerdings weniger als ein Kampf um die Lehrfreiheit, sondern mehr als ein Ringen wegen der Lohnfrage. Die Person des in jeder Beziehung hochachtbaren Professors Jastrow sei dabei ausgeschlossen; für ihn handelt es sich gewiß um anderes als die Entlohnung. Doch für die „Kämpfenden“ spielen Gründe mit, die mit der Freiheit der Wissenschaft nichts zu tun haben. Und deswegen können wir unsere Meinung über die bourgeoise Jugend nicht revidieren.

Der Kasematten-Wolff.

Das Erscheinen der Volksausgabe des „Kapital“ rechtfertigt es wohl, wenn wir heute des Mannes gedenken, dessen Namen Karl Marx für dauernd durch die Widmung seines Hauptwerkes geehrt hat. Heute vor 50 Jahren starb Wilhelm Wolff, von dem Friedrich Engels einst schrieb: „Mit ihm verloren Marx und ich den treuesten Freund, die deutsche Revolution einen Mann von unersetzlichem Wert. . . . Einen so eichenfesten Kerl, der so zum Volke zu sprechen wußte und stets im schwierigsten Moment erst recht auf dem Posten war, bekommen wir nie wieder.“ Drei Jahre später schrieb Karl Marx auf die erste Seite seines Lebenswerkes: „Gewidmet meinem unvergeßlichen Freunde, dem kühnen, treuen, edlen Vorkämpfer des Proletariats, Wilhelm Wolff, geb. zu Tarnau 21. Juni 1809, gest. im Exil zu Manchester 9. Mai 1864.“

Unsern neu gewonnenen Freunden sowie der heranwachsenden Jugend zu sagen, was wir diesem Manne verdanken, erscheint uns an seinem Todestage eine ernste Pflicht. Denn Wilhelm Wolff ist uns nicht nur der Freund unserer bedeutendsten Lehrer, sondern wir ehren ihn auch als den Mann, der viel für die Sache des kämpfenden Proletariats getan hat. Und selbst wenn er nur die berühmten Artikel über die Kasematten in Breslau geschrieben hätte, Artikel, in denen er blitzhell in das Wohnungselend der Aermsten der Armen hineinleuchtete und die ihm den Ehrennahmen „Kasematten-Wolff“ eingetragen haben, so wäre das genug, die heutige Generation der Arbeiterklasse dankbar seiner gedenken zu lassen.

Wilhelm Wolff gehörte, um Mehrings schöne Worte zu gebrauchen, „zu den edlen Naturen, die nach Schiller mit dem zahlen, was sie sind“; sein unerschütterlicher Charakter, seine unverbrüchliche Treue, seine peinliche Gewissenhaftigkeit, seine nie zu beirrende Bescheidenheit machten ihn zum Muster eines revolutionären Kämpfers und erklären die Ehrfurcht, womit neben aller Liebe oder allem Haß seine politischen Freunde wie seine politischen Gegner von ihm zu sprechen pflegten“.

Eine verdienstvolle Tat war es, die Wolff, der sein Leben lang ein armer Teufel blieb, im März 1849 durch seine wuchtigen acht Artikel in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über die „Schlesische Milliarde“ vollbrachte. In prächtiger Schärfe stachelte er darin die schlesischen Bauern, denen er selbst nach seiner Abstammung angehörte, gegen ihre Unterdrücker auf. Nachdem diese Schrift jahrelang vergriffen war, hat Mehring sie vor fünf Jahren neu herausgegeben und dem Büchlein auch die Kasemattenartikel Wolffs von 1843 und die Schilderungen des Weberelends und des Weberaufstandes in Schlesien angefügt.*) Dort mögen unsere jüngeren Freunde sie nachlesen und dabei zugleich lernen, wie man durch Ueberzeugung begeistert werden kann. Dabei werden sie dann noch mehr lernen: Sind doch Wolffs Kasemattenartikel sogar von bürgerlichen Geschichtsschreibern anerkannt als ein erster Versuch, das Massenelend zu schildern, als eine Darstellung, aus der man mit Schrecken erkannte, daß auch Deutschland schon Höhlen des Jammers besaß, die sich mit denen von Paris vergleichen konnten. Und man wird ferner in diesem Büchlein die historisch bedeutsame Schilderung des blutigen Verzweiflungskampfes der hungernden Weber von Peterswaldau und Langenbielau finden, eine quellenmäßige Darstellung des allerersten deutschen Arbeiteraufstandes, die allen seinen späteren Schilderungen und so auch, wie Mehring 1893 nachgewiesen hat („Neue Zeit“, XI. Jahrg.) dem berühmten Weberdrama Gerhart Hauptmanns die tatsächlichen Grundzüge geliefert hat. Trotz Zensur und Polizeiniedertracht ließ sich Wolff, damals Privatlehrer in Breslau, nicht abhalten, in schlichter Wahrhaftigkeit den tatsächlichen Verlauf des Weberaufruhrs zu schildern und ihm gerade dadurch eine dauernde Stätte der Ehre in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu sichern. Daß er später wegen seines Eintretens für die Armen und für die Wahrheit von den Schergen verfolgt wurde, läßt ihn uns um so höher schätzen.

Neben seiner schriftlichen hat Wolff auch durch mündliche Agitation der aufblühenden Arbeiterbewegung große Dienste geleistet. In Breslau wurde er, nachdem die Märzrevolution sein Exil beendete, bald der Kopf der revolutionären Bewegung, ebenso wurde er alsbald neben Marx Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln, als welcher er dem Feudalismus wie überhaupt der muffigen Reaktion höchst unbequem wurde. Als Mitglied des Frankfurter Parlaments hatte er gar als einziger den Mut, den „ersten Volksverräter, den Reichsverweser, für vogelfrei“ zu erklären und auch die Minister als Verräter zu brandmarken. Als die Nationalversammlung gesprengt wurde, wurde Wolff Privatlehrer in Zürich, ging aber, als der schweizerische Bundesrat die politischen Flüchtlinge, getreu dem Befehl der europäischen Reaktion, zum Lande hinaus zu jagen begann, nach London und Manchester, wo er arm, aber treu der Arbeitersache ergeben, am 9. Mai 1864 starb.

Immer dann, wenn wir derer gedenken, die ganz in der großen Sache aufgingen, der ihr Leben geweiht war, werden wir stets auch Wilhelm Wolffs, des aufrechten Schlesiers, als tapferen Vorkämpfer gedenken. Mögen alle, die noch seine Schriften lesen, sich ganz von Haß erfüllen lassen gegen die Junker und Bureaukraten, die er vor 60 Jahren züchtigte und die leider heute noch ihr volksfeindliches Unwesen in deutschen Landen treiben.

*) „Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff“, Verlag Vorwärts, Berlin.

Theater und Musik.

Thalia-Theater.

Mit gellendem Reklamegeschrei ist „Mr. Wu“ angekündigt, ein dreiaktiges — angeblich chinesisches — Spiel in drei Aufzügen von H. M. Vernon und Harold Oven. Zu dieser Reklame paßt das Stück. Es ist ein Sensationsschmarren schlimmster Art, ohne echte Gefühle, ohne echte Menschen, mit gänzlich unmotivierten Geschehnissen. Aller Kunst bar. Mr. Wu, ein chinesischer Mandarin, hat guten Grund, auf die Familie des englischen Reeders Gregory zornig zu sein. Der Sohn des Reeders hat ihm die einzige Tochter verführt. Dafür rächt sich Mr. Wu, wie angeblich nur ein Chinese sich rächen kann. Er schädigt den Reeder materiell schwer, läßt den Sohn heimlich überfallen und in einem Verließ seines Hauses einsperren und lockt die Mutter des Eingesperrten, die um ihren Sohn bangt, in sein Haus, um sie zu vergewaltigen. So etwas mag möglich sein. Aber man schaue die nun kommenden Unmöglichkeiten: Mrs. Gregory will sich, um dem schlitzäugigen Feind nicht erliegen zu müssen, töten. Zu dem Zweck wirft ihr eine treue Dienerin ein Fläschchen Gift durchs Fenster, ohne daß der Chinese es merkt. Sie gießt das Gift in ihre Teetasse. Aber sie kann es nicht trinken, denn just jetzt bekommt der gelbe Rächer seiner Ehre Durst und trinkt den vergifteten Tee. Natürlich merkt er es und will nun mit dem Schwert der Dame den Garaus machen. Aber er trifft nicht sie, sondern einen Gong und gibt sterbend damit wider Willen das Zeichen zur Entlassung von Mrs. und Mr. Gregory. Stoff für einen Film, nichts weiter. Und trotzdem Kräfte wie Bozenhard, die Bré, die Franck-Witt und Roberts für die Sache eintraten, erhob sich auch die Darstellung nicht viel über Kino. Aller Liebe Mühe ist verloren.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Die Neutralität des Unterrichts

als eine unerläßliche Voraussetzung des modernen öffentlichen Schulwesens forderte und begründete Herm. L. Köster in einem schwungvollen Vortrage von programmatischer Bedeutung in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (Hamburger Lehrerverein). Er führte aus: Das Einkapseln in gewohnt gewordene Auffassungen, das Konservativwerden in politischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Anschauungsweisen ist ein allgemeines Schicksal des alternden Durchschnittsmenschen. Der Gedankenablauf wird mechanisch nach demselben psychophysischen Gesetz der Uebung, das für die Nervenbahnen und für die Reagierweise der Nerven schon lange erkannt und anerkannt ist. Diese Tatsache tritt am deutlichsten im Wechsel der Generationen hervor: Neu aufkommende Ideen werden von den alten Hirnen gemeiniglich zurückgewiesen, die Jugend dagegen erfaßt sie und trägt sie empor. Es sind immer nur wenige weitherzige, das Leben überschauende alte Menschen, die einen neuen Gedanken noch zu würdigen und ihm praktisch den Weg zu bahnen vermögen. Mitten inne aber zwischen je zwei Generationen, auf der Grenzscheide zweier Lebens- und Zeitepochen, steht nun eigentlich dauernd die Schule, und darin liegt die stärkste Schwierigkeit ihrer Stellung. Die Schule soll das ungeheure Kulturerbe der Vergangenheit der neu heranwachsenden Menschheit übermitteln, und die in diesem überkommenen Gut reif gewordenen Erzieher wollen das naturgemäß in den Formen tun, in denen sie selbst sicher und groß geworden sind — oder doch zu sein glauben. Die junge Generation bemächtigt sich aber der vorhandenen Kultur in ihrer Weise, trägt ebenso natürlich in sie ihre frischen Strebungen und Auffassungen hinein. Die moderne Lehrerschaft ist geneigt, der Jugend in ihrem Drange nachzugeben, ihr die Mittel darzureichen und die Forschungsmethoden zu zeigen, mit denen sie die Kenntnisse und die seelischen Werte, die unsere Kultur ausmachen, selbst erwerben und, indem sie sie erwirbt, ihrem eigenen Wesen entsprechend gestalten kann. Der moderne Erzieher gibt es immer mehr auf, fertiges Wissen, fertige Denkresultate, abgeschlossene autorative Systeme in Wissenschaft und Moral übermitteln zu wollen. Jede Generation muß für sich eigentlich von vorn anfangen, wenn auch in abkürzendem Entwicklungsprozesse. Das Lehren geht auf in Anleitung zum Selbstfinden und Selbstforschen. Die Erziehung wird immer bewußter zu einer Befreiung und Stärkung der selbsterzieherischen Kräfte im jugendlichen Menschen.

Eine so abgeklärte und hochsinnige Erziehungs- und Unterrichtsweise erfordert vom Lehrer ein ungewöhnliches Maß von Selbstverleugnung und Zurückhaltung. Will er dem Kinde die Wege zur selbständigen Entwicklung freihalten, so muß er sich grundsätzlich im Unterricht der Neutralität befleißigen. Jeder Mensch, der durch das Leben zu bestimmten Ansichten gekommen ist, hat das natürliche Bedürfnis, seine Meinung in einem weiteren Kreise zur Anerkennung zu